



**FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Essen**

**Haushaltsrede am 29.11.2023
zum Haushalt 2024**

**SPERRFRIST BIS NACH DEM ENDE DER
GEHALTENEN REDE**

Es gilt das gesprochene Wort.

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Fachbereichsvorstände,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

wir haben heute über einen Haushalt in Höhe von 3,8 Milliarden Euro zu entscheiden, eine unglaubliche Summe, so mag man im ersten Moment denken. Zieht man von dieser großen Summe allerdings die 2,2 Milliarden Euro ab, die allein dem Geschäftsbereich 5 von Peter Renzel für die Bereiche Arbeit, Soziales und Gesundheit zufließen, dann relativiert sich unser Haushalt wieder.

Über 57 Prozent des städtischen Gesamtetats werden wir für kommunale Pflichtaufgaben im sozialen Bereich ausgeben müssen. Dazu kommen weitere Pflichtaufgaben, so dass nur noch ein geringer Teil des gesamtstädtischen Etats für andere kommunale Ausgaben zur Verfügung stehen.

Ein unbefriedigender Zustand! Deshalb wies unser Oberbürgermeister Thomas Kufen in seiner Rede zur Haushaltseinbringung bereits darauf hin, dass wir in einer herausfordernden Zeit leben.

Nahezu täglich stehen wir vor neuen Aufgaben, die auch wir als Kommune zu bewältigen haben. Kriege mit den daraus resultierenden Folgen, Flüchtlingsströme, Kosten der Energiewende, explodierende Bau- und Energiekosten und vieles mehr machen es schlicht unmöglich, einen Haushalt aufzustellen, der auch in den kommenden 12 Monaten Bestand haben sollte. Trotz allem ist es unserem Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp und seinem Team zunächst gelungen, uns einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das ist uns Liberalen sehr wichtig. Deswegen wollen wir der Stadtkämmerei dafür unseren Dank und Anerkennung aussprechen.

Allerdings ist dieser Haushalt für uns nur eine Momentaufnahme. Deswegen weisen wir erneut darauf hin, dass der Kurs soliden Haushaltens weiterhin ein sehr schwieriger sein wird. Unser Ziel ist eine ausgeglichene und nachhaltige Haushaltspolitik. Wir sind davon überzeugt, dass nur eine verantwortungsvolle Ausgabenpolitik und eine kluge Steuerpolitik langfristig Wohlstand und Wachstum sichern werden. Unsere Kernforderung nach einer stringenten Haushaltsführung bleibt weiterhin gültig.

HAUSHALT 24

Steuerpolitik

Wirtschaftlicher Erfolg und Stabilität haben viel mit der kommunalen Steuerpolitik zu tun – sie sind eng miteinander verknüpft. Aus diesem Grund werden wir Freie Demokraten auch nicht müde, erneut einzufordern, die Hebesätze Grundsteuer A, Grundsteuer B und die der Gewerbesteuer um jeweils fünf Prozent zu senken. Wir glauben fest daran, dass die Stadt Essen durch das Senken dieser Steuersätze als Wirtschaftsstandort bedeutend attraktiver für Unternehmen und Gewerbetreibende wird. Nur so wird ein deutlicher Impuls für die positive Wirtschaftsentwicklung in Essen gesetzt. Durch den Wettbewerbsvorteil sind mittel- bis langfristig bedeutend mehr Steuereinnahmen zu erwarten. Der Steuerausfall wird kompensiert. Das erfolgreiche Beispiel anderer Städte sei nur erwähnt.

Verkehrspolitik

Wir staunen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie scheinen ja doch noch die Kurve zu kriegen. Mit Schmunzeln haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie nun doch die Fahrradhochwege verlassen haben. Das Hinterfragen „symbolträchtiger Steuerverschwendungen“ halten wir für vernünftig.

Trotzdem wollen wir zum Thema Straßen und Verkehr Kritik üben. Denn erneut ist hier der Etat gekürzt worden: Im konsumtiven Bereich stehen knapp 570.000 Euro weniger zur Verfügung, im investiven Bereich sind es sogar nur knappe 15,5 Millionen Euro, die verbaut werden sollen.

Es beunruhigt uns, sehr verehrte Frau Raskob, wenn Sie als zuständige Dezernentin sagen, der Wegfall der Investitionsmittel sei nicht so tragisch! Ihre Begründung, dass Ihr Amt es bereits in diesem Jahr nicht geschafft habe, alle Finanzmittel abzurufen und sie davon ausgehen, dass dies im Jahr 2024 ebenfalls nicht gelingen würde, macht uns sehr nachdenklich.

Im Unterschied dazu stehen für Maßnahmen zur Umsetzung des RadEntscheids im kommenden Haushaltsjahr knapp 30 Millionen Euro zur Verfügung. Dieses Geld sollte unserer Meinung nach für sinnvollere Projekte ausgegeben werden.

Deswegen fordern wir ausdrücklich, das Ausgabenvolumen 2024 des Rad-Entscheids um 50 Prozent zu kürzen und die hier frei werdenden Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro für dringend notwendige Straßenerhaltungsmaßnahmen einzusetzen.

Zudem fordern wir, dass der Ausbau der Grugatrasse, der im Mai diesen Jahres von diesem Rat beschlossen wurde, zunächst zurückgestellt wird. Anwohner und ein Großteil aller Nutzer dieser Trasse lehnen diese Baumaßnahme ab. Wir plädieren dafür, nochmals genau zu prüfen, ob diese Trasse in diesem Umfang wirklich ausgebaut werden muss. Stattdessen sollte der Fokus mehr auf einen guten Zustand unserer Straßen gelegt werden: Gute Straßen kommen allen Verkehrsteilnehmern, inklusive den Radfahrenden, zugute!

Und ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass der Ausbau der Grugatrasse dem „Diktat“ der Deutschen Umwelt Hilfe (DUH) geschuldet ist. Deshalb wollen wir unsere Verkehrspolitik endlich wieder selbst gestalten!

Wie wichtig ein intaktes Straßennetz für unsere Stadt ist, zeigt die Tatsache, dass Essen aktuell mit 165.000 Einpendlern täglich einen neuen Pendlerrekord aufgestellt hat. Dazu pendelten ca. 110.000 Menschen aus Essen heraus. Das sind jeweils fünf Prozent mehr als im letzten Jahr. Damit liegt Essen deutschlandweit unter den zehn Städten mit den höchsten Pendlerzahlen. Auch dieser Entwicklung müssen wir Rechnung tragen.

Wir wissen sehr genau, dass der stetig zunehmende Straßenverkehr eine große Herausforderung ist und wir diese in Hinblick auf die daraus resultierende Umweltbelastung, Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs angehen müssen. Um aber genau diese Probleme zu bewältigen, setzen wir nicht auf Verbote, sondern auf intelligente Leitsysteme, die auf Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit basieren. Damit meinen wir ausdrücklich nicht das auf der Alfredstraße in Betrieb genommene, sinnfreie Lenkungschaos. Dieses kommt einem Schildbürgerstreich oder verkehrspolitischem Offenbarungseid gleich.

Wir müssen dringend den Ausbau von Straßen und Schienen vorantreiben. Radwege wollen wir dort anlegen, wo sie wirklich sinnvoll sind.

Für uns Liberale ist eine ausgewogene und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur eine unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit, Wirtschaftsstärke und Wohlstand.

Gerade unsere Stadt, mitten im Ballungsgebiet gelegen, ist von einer funktionierenden Infrastruktur abhängig und benötigt deren Aufwertung. Einen ideologisch bestimmten „Modal Split“ braucht sie nicht. Deswegen will ich ausdrücklich betonen, wie wichtig es ist, eine Verkehrspolitik in unserer Stadt zu gestalten, ohne die unterschiedlichen Verkehrsformen gegeneinander auszuspielen.

Schule & Bildung

Hatten wir im vergangenen Jahr noch den aktuell vorgelegten Schulentwicklungsplan gelobt, so müssen wir heute leider feststellen, dass dieser schon längst wieder Makulatur ist.

Als Folge der andauernden Migrations- und Flüchtlingsbewegung ist die Zahl der fehlenden Schulplätze noch einmal massiv angestiegen. Wir sind derzeit leider nicht in der Lage, allen Kindern in unserer Stadt möglichst wohnortnah einen adäquaten Platz zum Lernen zu bieten.

Bildung aber ist für uns Liberale eine der wichtigen Investitionen in die Zukunft. Aus diesem Grund freuen wir uns, dass im neuen Stellenplan zusätzlich 30,5 Stellen für den Schulneubau vorgesehen sind. Nur mit Stellen ist es aber noch längst nicht getan. Wie wir wissen, dauern Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Ausschreibungen bei uns einfach zu lange. Es kann und darf nicht sein, dass fünf Jahre und mehr geplant und ausgeschrieben werden muss, bevor die „erste Kelle“ in die Hand genommen wird.

Wir müssen an diesen Punkten dringend ansetzen, sonst werden wir in diesem Jahrzehnt noch keinen weiteren Schulneubau realisieren können! Schulneubauten, -erweiterungen und -sanierungen müssen priorisiert werden.

Kinder & Jugend

Jetzt komme ich zu einem weiteren sehr wichtigen Aspekt unseres kommunalen Zusammenlebens: Zukunftsperspektiven der Kinder und Jugendlichen in Essen.

Uns Freien Demokraten liegt die Förderung und Unterstützung unserer jüngsten Mitbürger besonders am Herzen. Es ist unsere Pflicht, für sie bestmögliche Startbedingungen zu schaffen!

In den letzten Jahren haben wir bereits Fortschritte im Bereich der Kindertagesstätten gemacht. Wir haben in den Ausbau, die Modernisierung und die pädagogische Arbeit unserer Kitas investiert, um eine hochwertige Betreuung zu gewährleisten. Aber es bleibt noch viel zu tun. Zwar konnten wir die absolute Anzahl der Kita-Plätze im letzten Jahr um 400 Plätze weiter erhöhen, dennoch stellen uns auch in der frühkindlichen Bildung Flucht vor Krieg und Verfolgung sowie der Fachkräftemangel vor große Herausforderungen. Es ist unser Ziel: Wir müssen sicherstellen, dass künftig jedes Kind in Essen einen Betreuungsplatz erhält! Noch immer fehlen in Essen deutlich über 1000 Betreuungsplätze. Mit der Schaffung des Rechtsanspruches auf einen Ganztagsplatz ab 2026 wird das Problem des Fachkräftemangels im Sozial- und Erziehungsdienst noch einmal weiter anwachsen. Ich wage schon jetzt zu prognostizieren, dass Essen von der Krise der Platzschaffung im Kita-Bereich übergangslos in eine Krise der Platzschaffung im offenen Ganztagsplatz gleiten wird.

Bei allem Zwang, diesen gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden, dürfen wir nicht vergessen, dass die Förderung unserer Jugendlichen genauso wichtig ist. Passende Angebote sind entscheidend für ihre persönliche und soziale Entwicklung. Sie bieten einen sicheren Raum, in dem junge Menschen sich entfalten, lernen und wachsen können. Gerade in unsicheren, psychisch belastenden Zeiten müssen wir in innovative Jugendprojekte investieren, die auf die Bedürfnisse unserer jungen Bürger zugeschnitten sind. Dazu gehören nicht nur die Vermittlung von Werten, Freizeitaktivitäten, sondern auch Bildungs- und Beratungsangebote, die Jugendlichen dabei helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Aus eigener Kraft wird es uns unter den Bedingungen der Haushaltslage allerdings nicht gelingen, die vielfältigen Bedarfe unserer jüngsten Einwohner zu decken. Hier muss das Land seinen Teil dazu beitragen, dass auch in belasteten Kommunen wie Essen bessere Bedingungen für eine erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit entstehen.

Digitalisierung

Zum Thema Digitalisierung in der Stadtverwaltung wollen wir an dieser Stelle kritisch anmerken, dass wir bereits vor einem Jahr angemahnt haben, den

Pflichten gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) nachzukommen. Mindestens 575 Dienstleistungen hätte die Verwaltung komplett online zur Verfügung stellen müssen. Heute, gute 12 Monate später, sind wir leider noch nicht viel weiter.

Noch immer ist die Verwaltung nicht in der Lage, Dienstleistungen, zum Beispiel des Straßenverkehrsamtes, online anzubieten! Noch immer werden beispielsweise veraltete Straßenlaternen gegen neue Laternen ohne smarte Funktionen ausgetauscht!

Hier muss die Verwaltung schneller und besser werden. Ansonsten droht ihr im Zuge der digitalen Transformation und des digitalen Wandels die Gefahr, den Anschluss zu verlieren.

Feuerwehr & Katastrophenschutz

Heute sind wir in der glücklichen Lage, die für die Umsetzung erforderlichen der uns vorgelegten Bedarfspläne für den Brand- und Katastrophenschutz sowie den Rettungsschutz 220 neuen Stellen zu beschließen. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Sicherheit und das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger genießen höchste Priorität, sie sind Maßstab politischen Handelns.

Aus diesem Grund müssen wir jetzt noch ein besonderes Augenmerk auf die Grundstückssuche für neue Feuer- und Rettungswachen legen. Denn neben dem Personalschlüssel sind Unterbringung, Erreichbarkeit und nicht zuletzt die materielle Ausstattung wichtige Kriterien für einen zuverlässigen und flächendeckenden Schutz. Dies gilt selbstverständlich auch für alle anderen Blaulicht-Organisationen, die sich zum Teil ehrenamtlich für uns einsetzen.

Kultur

Essen kann auf eine lange Tradition als Kulturstadt blicken. Wir Freie Demokraten wollen die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens sichern und allen Menschen in unserer Stadt zugänglich machen. Dazu gehört für uns die Stärkung der TuP.

Aus diesem Grund fordern wir, in den kommenden fünf Jahren insgesamt 75 Millionen Euro zusätzlich für die TuP bereitzustellen. Dieses Geld ist für den Neubau eines Probenhauses, den Neubau der Spielstätten CASA und BOX sowie

zum Erhalt der Bausubstanz und der Technik der bestehenden Kulturbauten einzusetzen.

Finanziert werden sollen die Vorhaben zu Lasten der bereits vom Rat genehmigten, aber nicht verausgabten Mittel für Investitionen, die sich laut Rechnungsprüfungsausschuss auf derzeit 413 Millionen Euro belaufen.

Umwelt- & Klimapolitik

Der Klimawandel und der Schutz unserer Bevölkerung vor den Folgen von u. a. steigenden Temperaturen ist uns Freien Demokraten ein wichtiges Anliegen. Gleichzeitig müssen wir uns aber auf die vordringlichen Maßnahmen fokussieren, um den Haushalt nicht zu stark zu belasten.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in der überwiegenden Mehrzahl der Kommunen die gleichen. Daher müssen die kommunikativen Maßnahmen, wie die Aufklärung der Bürger, eher auf Landes- und Bundesebene realisiert werden.

Wir möchten zudem Umweltschutz MIT den Bürgern gestalten und ihnen nicht vorschreiben, wie sie sich z. B. von A nach B zu bewegen haben. Die schwarz-grüne Koalition in diesem Rat glaubt, mit dem Modal Split aus Essen heraus das globale Klima retten zu können. Dabei verliert sie die Zustimmung der Bevölkerung, zu einer Politik gegen das Auto. Die Mehrheit der Einwohner Essens will ausgewogenen und sinnvollen Klimaschutz.

Sport

Die Sanierung, Umgestaltung und den Neubau von Amateur-, Vereins- und Leistungssportanlagen wollen wir fortschreiben. Daher begrüßen wir den Fortschritt am Neubau Regattabahn. Es ist wichtig, dass die Vereine vor Ort vernünftige Trainings- und Wettkampfbedingungen haben. Dazu gehört auch die adäquate Lagerung von Material und Equipment.

Weiterhin sprechen wir uns dafür aus, dass die Sporthallen unserer Stadt, wie zum Beispiel Eissport- und Rollsporthalle sowie das Sportzentrum Am Hallo, in denen überregionaler Leistungssport betrieben wird, die Standards erfüllen können, die von den Verbänden gefordert werden.

Deswegen setzen wir uns auch für einen Ausbau des Stadions an der Hafenstraße ein. Die Kapazitäten reichen schon heute kaum noch aus. Auch müssen wir in Bezug auf Veranstaltungen sowie nationale und internationale Sportereignisse konkurrenzfähig werden, um unser Stadion zukünftig gewinnbringend vermarkten zu können. Das wird uns perspektivisch nur mit einem Stadionausbau und Eckenschluss gelingen.

Planen, Bauen & Wohnen

Schaffung von Wohnraum und Ansiedlung von Gewerbe werden auch in Zukunft wesentliche Aufgabenfelder für die politischen Entscheider in dieser Stadt sein. So ist das Hochhausleitlinien-Konzept vom Grundsatz her richtig! Es darf aber nicht nur stadtgestaltende Aspekte haben, sondern muss auch dem wachsenden Wohnraumbedarf dienen. Deshalb müssen u. a. Höhenfestschreibungen flexibel sein und den ermittelten Bedarfen angepasst werden dürfen. Auf Grundlage des Baulückenkatasters festgestellte Lücken sind zu schließen. Wenn erforderlich, sind weitere Finanzmittel und Personal zu einem späteren Zeitpunkt bereitzustellen.

Über den Schul-, Kita und Sportstättenbau habe ich bereits an anderer Stelle gesprochen. Ich möchte mich, obwohl das Thema sehr wichtig ist, nicht wiederholen.

Die künftige Entwicklung und Gestaltung der Innenstadt werden im zu beschließenden Haushalt ihre Berücksichtigung finden. Viele Ideen müssen nunmehr konkretisiert und finanzwirksam umgesetzt werden. Die herausragende Bedeutung der Innenstadt erfordert besondere Sorgfalt, sowohl bei der Planung, als auch im Vorfeld einer ausführlichen Beteiligung der Politik und Gesellschaft. Dies gilt im Übrigen auch für die Entwicklung des Projektes „Freiheit Emscher“ im Essener Norden. Man erkennt an diesen Beispielen, dass im Dezernat Harter noch viele Aufgaben, die einer dynamischen Entwicklung unterliegen, erledigt werden müssen.

Für die Allbau, einem maßgeblichen Player auf dem Feld Bauen, fordern wir die Reduzierung der Gewinnausschüttung an die Stadt um 50 Prozent. Hierdurch soll die Handlungsfähigkeit der Baugesellschaft erhalten bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

mit meinem Schlusswort möchte ich nochmals aufzeigen, dass die FDP in Essen sich weiterhin für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik einsetzt. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein ausgeglichener Haushalt die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand bildet.

In meiner Rede habe ich die zentralen Forderungen der FDP-Fraktion für den Haushalt deutlich gemacht.

Die FDP steht für eine Politik des Fortschritts und der Vernunft.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass der Haushalt unserer Stadt weiterhin auf einem soliden Fundament steht und somit die Voraussetzungen für eine prosperierende Zukunft schafft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!